

Pressemitteilung

Sächsischer Metall- und Elektroindustrie fehlt Wachstum

Gewerbesteuerreform führt zu weiterer Belastung der Unternehmen

Die Produktivität sächsischen Metall- und Elektroindustrie ist im ersten Halbjahr 2003 erstmals wieder seit Jahren um 0,8 Prozent gesunken.

Die Zahl der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie Sachsens konnte trotz der wirtschaftlich angespannten Lage und der besonderen Belastungen durch den Arbeitskampf im Mai und Juni etwa auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Diese Tatsache zeugt von einer hohen Flexibilität in den Firmen, die Personalkosten entsprechend anzupassen, um so Arbeitsplätze zu erhalten.

Im August 2003 beschäftigte der größte Industriezweig Sachsens insgesamt 125.551 Menschen (August 2002: 125.883). „Obwohl einige der Unternehmen, besonders in der Mikroelektronik, ihre Leistung erhöht haben, können wir nicht an das Beschäftigungswachstum der letzten Jahre anknüpfen“, sagte Andreas Huhn, Präsident von SACHSENMETALL.

Huhn betont, dass vor allem die nationalen Rahmenbedingungen in Deutschland verbessert werden müssen, um auch die sächsische Industrie wieder zu einem nachhaltigen Wachstum zu führen. Die geplante Ausweitung der Gewerbesteuer, wie zwischen Bundesregierung, SPD und Grünen ausgehandelt, ist dafür denkbar ungeeignet. Durch die geplante Gemeindegewerbesteuer werden die Unternehmen erneut zur Kasse gebeten.

„Durch umfassende Investitionen der vergangenen Jahre und die dadurch entstandenen Zinsen, Leasingraten und Mieten werden ostdeutsche Unternehmen teilweise sogar stärker belastet als westdeutsche Firmen. Diese Substanzbesteuerung, unabhängig von der Ertragslage, wird die ohnehin dünne Eigenkapitaldecke der Unternehmen weiter schwächen und kann existenzgefährdend sein“, so Huhn weiter.

SACHSENMETALL fordert die Abschaffung der Gewerbesteuer. Vielmehr soll sie von einem Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer abgelöst werden, der von den Kommunen erhoben wird. „Diese Lösung ist einfacher und gerechter, da alle Nutzer kommunaler Infrastruktur gleichermaßen einbezogen werden“, sagte Huhn abschließend.